

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	64
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	817/2022
		GZ:	
Sitzungstermin:	16.12.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Haupt / th		
Betreff:	Bericht zum Klima-Aktionsprogramm 2021		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 12.12.2022, GR Drs 817/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt. Dieser liegt auch ein Bericht zum Klima-Aktionsprogramm 2021 bei.

StRin Munk (90/GRÜNE) betont, es sei außerordentlich zu begrüßen, falls ein Bericht wie bereits im Vorjahr aufgebaut sei. Dies lasse einen sehr aufschlussreichen Vergleich zu, und die Fortschritte seien leicht zu erkennen. Im Bereich der Fördermittel seien wesentlich weniger Gelder ausgegeben worden, was auf Seite 6 des Berichts zum Klima-Aktionsprogramm 2021 dargestellt sei. Im vorliegenden Bericht seien wie bereits im vorherigen Bericht 9,5 Mio. Euro aufgeführt. Daraus gehe hervor, dass sich die Verwaltung beim Mitteleinsatz enorm im Verzug befinde.

Frau Krüger (Klimaschutz) betont, die Summe von 9,5 Mio. Euro sei für das Jahr 2020 veranschlagt. Für das Jahr 2021 seien etwas über 40 Mio. vorgesehen. Dies stelle eine gute Nachricht dar, da der Mitteleinsatz im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht werden konnte und die Dynamik in die richtige Richtung gehe. Es könne die Ansicht vertreten werden, nach der Halbzeit von zwei von vier Jahren sollte das Programm bei 100 von 200 Mio. Euro liegen. Dies sei jedoch nicht der Fall und habe verschiedene Gründe. Zum einen müsse berücksichtigt werden, dass manche Mittel für Maßnahmen erst nach dem Jahr 2023 eingestellt worden seien. Dies betreffe die Summe von 19 Mio. Euro für das Energiesparprogramm zuzüglich eines Betrags von drei bis sechs Millionen Euro für die PV-Anlagen auf Schulen. Zudem flössen in einigen Teilbereichen die Mittel nicht

mit der Geschwindigkeit ab, wie dies wünschenswert sei. Dies liege an einem längeren Maßnahmenvorlauf oder daran, dass Maßnahmen noch aus anderen Töpfen mitfinanziert würden. Für das laufende sich zu Ende neigende Jahr rechne die Verwaltung mit einem höheren Mitteleinsatz. Dies betreffe umfassende Maßnahmen wie das Energiesparprogramm, für das im Jahr 2022 ein Betrag von 15 Mio. Euro eingestellt worden sei. In diesem Jahr seien bereits mehr als die Summe von 15 Mio. Euro bewilligt worden. Dies sei jedoch kein Grund zur Sorge, da aus den Vorjahren noch Restmittel zur Verfügung ständen. Ähnlich verhalte es sich beim Innovationsfonds, bei dem sieben von zehn Millionen Euro nach dem dritten Jahr geknackt würden.

StRin Munk betont, ihr sei aufgefallen, dass das Thema Speicherung im Bericht nicht auftauche. Dieser Aspekt sei noch im letztjährigen Bericht dargestellt worden. Frau Krüger betont, die geförderte Speicherkapazität sei auf Seite 8 des Berichts zur Solaroffensive dargestellt.

In Bezug auf die nachhaltige Mobilität und dem Stand der Ladesäulen (Seite 9 des Berichts) sei im letzten Bericht das Ziel von 1.500 angestrebten Ladesäulen aufgeführt worden, betont StRin Munk. Im aktuellen Bericht würden lediglich 1.000 Ladesäulen und im Moment nur 135 Ladepunkte aufgeführt. Frau Krüger betont hierzu, die Anzahl sei nicht von 1.500 auf 1.000 Ladesäulen reduziert worden, sondern im letzten Jahr seien gebündelt zwei Förderprogramme dargestellt worden. Zum einen bestehe die Solaroffensive, welche in Verbindung mit PV fördere. Des Weiteren sei im Juli die Förderrichtlinie "Privates Laden" beschlossen worden, die E-Ladepunkte ohne Verbindung mit PV fördere. Zusammengerechnet ergebe sich der Zielwert von 1.500 Ladepunkten. In dem Bericht für das Jahr 2021 seien zunächst lediglich die Kennwerte für die Solaroffensive angeführt worden, da das Förderprogramm für das private Laden erst im Jahr 2022 beschlossen worden sei. Im nächsten Bericht solle dieser Sachverhalt mit einer entsprechenden Fußnote gekennzeichnet werden. Ebenso sei eine Reduzierung beim Thema Bauen und Wohnen (Seite 10) zu verzeichnen, so StRin Munk. Die Anzahl der bewilligten Förderanträge sei im vorherigen Bericht mit 2.750 wesentlich höher angesetzt worden und dieses Ziel sei nun reduziert worden. Sie erkundigt sich, ob lediglich das Energieberatungszentrum (EBZ) als alleinige Beratungsstelle vorgesehen sei oder ob die Beratung auf weitere Partner ausgeweitet werden solle. Diese Diskussion sei bereits im Fachbeirat geführt worden. Frau Krüger betont, in Bezug auf die Förderanträge beim EBZ habe es eine Verschiebung der Jahreszahl gegeben. Im letzten Jahr sei die Zahl auch noch für das Jahr 2024 mitangegeben worden, da die Mittel bis 2024 eingestellt worden seien. Im vorliegenden Bericht seien die Mittel lediglich für das Jahr 2023 aufgeführt worden, was ein Versehen gewesen sei. Im nächsten Bericht würde wieder auf die Zählung bis 2024 zurückgegriffen. Herr Kohlmeyer (Klimaschutz) ergänzt, beim EBZ solle trotz der enorm gestiegenen Beratungsnachfrage kein Bearbeitungsstau entstehen. Das EBZ arbeite bereits digital, was ebenso zu begrüßen sei wie der regelmäßige Austausch der Mitarbeiter*innen zwischen Amt für Umweltschutz (AfU) und dem EBZ. Es bestehe eine große Bereitschaft, hierfür Mittel aus dem Innovationsfond zu verwenden. Konkret würden die Prozesse innerhalb des EBZ über zwei vom Innovationsfonds bezuschussten Projekte digitalisiert und beschleunigt. Im Zuge der drastisch zugenommenen Beratungsnachfrage habe das EBZ die bislang sehr individuell und mit Vor-Ort-Terminen sehr persönliche Beratung ein Stück weit in die Breite gebracht: So würden beispielsweise Webinare oder andere Veranstaltungsformate angeboten, in denen rund 80 % der gängigen Fragen in einem Auditorium mit 50 Teilnehmern*innen innerhalb etwa einer Stunde abgearbeitet werden könnten. Lediglich spezielle individuelle Fragen würden anschließend im Einzelfall geklärt. Aufgrund des Online-

Zugangsgesetzes seien zahlreiche Prozesse in der Verwaltung digitalisiert worden, wozu die besonders die Energiewende und die Klimaschutzprozesse gehörten.

StRin Munk kritisiert, dass im Bereich der Anschlüsse an Wärmenetze keine Fortschritte zu verzeichnen seien. Nach Kenntnis von Frau Krüger ist in diesem Bereich ein Förderprogramm in Arbeit.

Alle Sektoren und alle relevanten Themen der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) seien in dem 19-seitigen Bericht sehr gut dargestellt worden, lobt StR Sakkaros (CDU). Allerdings gehe aus den einzelnen Maßnahmen auf den Seiten 17 - 19 ebenso hervor, dass in bestimmten Bereichen keine finanziellen Mittel abgeflossen seien. In anderen Bereichen seien dagegen zahlreiche Maßnahmen umgesetzt worden und es seien hierfür viele Gelder investiert worden. Der Bereich der Essensversorgung an Schulen liege im Zeitraum der Coronapandemie in den Jahren 2020/2021 und sei daher nicht aussagekräftig. Bei der Position der CO₂-Kompensation seien lediglich 720 Euro von den veranschlagten 40.000 Euro abgeflossen. Frau Krüger erklärt, bei der CO₂-Kompensation gehe es um eine Kompensation ausschließlich der Flugreisen, welche die Beschäftigten der Stadt tätigten. Aufgrund der geringen Anzahl der Flugreisen hätte keine höhere Kompensation durchgeführt werden können. Finanzielle Mittel seien in den Fond zurückgeflossen und könnten anders eingesetzt werden.

StR Sakkaros betont, im Bereich der SSB seien keine Mittel für begrünte Bushaltestellen in Anspruch genommen worden. Hierzu bestehe ein Zuwendungsbescheid an die SSB, so Frau Krüger. So werde die Haltestelle Neckartor begrünt, allerdings sei die Umsetzung noch nicht erfolgt, da Engpässe bei den Dienstleistern bestanden hätten.

Es seien zwar einige finanzielle Mittel für Gießwagen (LKW mit Wasseraufbauten) abgeflossen, so StR Sakkaros, dennoch zeige sich bezogen auf die diesbezüglich geschaffenen fünf Personalstellen, dass lediglich eine Stelle besetzt sei. Die Fördersumme sei bereits zur Hälfte aufgebraucht. Grundsätzlich stelle sich die Frage, ob das fehlende Personal noch benötigt werde und ob grundsätzlich bestimmte Fördermaßnahmen abgeändert werden müssten. Frau Krüger betont, die Stellenbesetzungen hätten nicht stagniert. Die letzten noch offenen Stellen seien teilweise nur sehr schwer zu besetzen, da keine geeignete Bewerberauswahl vorliege. Die nicht eingesetzten Mittel könnten laut Beschluss des Gemeinderats umgeschichtet werden. Rund 7 Mio. Euro seien im Programm bereits umgeschichtet worden. Es lägen weitere Zielbeschlüsse des Gemeinderats für weitere 7,8 Mio. Euro für das Jahr 2023 vor. Die hiervon nicht benötigten Gelder, könnten im nächsten Jahr erneut umgeschichtet werden.

StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, der Bericht zeige Umsetzungsdefizite auf, da die Fördergelder bedauerlicherweise nicht ausreichend abfließen. Wie von StRin Munk ausgeführt, könnten bei der Beratung vor Ort weitere Akteure als das EBZ einbezogen werden, da dieses die Energiewende allein nicht stemmen könne. Der Stadtrat ergänzt, die SWS arbeiteten durchaus an der Vorbereitung von Wärmenetzen und mehrere Projekte sollten im Frühjahr vorgestellt werden. Die Aktivitäten erforderten jedoch einen langen Zeitraum.

Das Klima-Aktionsprogramm sei ein sehr dynamischer Vorgang, so StR Dr. Oechsner (FDP). Er regt daher an, die Umsetzungszahlen früher zu erhalten. Es sei nun Mitte Dezember 2022 und jetzt erst würden die Zahlen von Dezember 2021 vorgelegt. Aus Sicht des Stadtrats ist es begrüßenswert, die Zahlen bereits im März zu erhalten. Dadurch

würde sich der Abfluss der Mittel auch deutlicher zeigen. Frau Krüger betont, dieser Vorschlag sei ihr ein großes Anliegen. Ohne die Zahlen könnten keine Veröffentlichungen dargestellt werden, ergänzt Herr Körner. Die letzten Zahlen habe die Verwaltung vor rund zwei Wochen erhalten, weshalb erst zum jetzigen Zeitpunkt der Bericht erfolgt sei. Die Verwaltung wünsche sich ebenso eine frühere zur Verfügungsstellung der Zahlen und nehme diesen Vorschlag als Auftrag mit.

StR Dr. Jantzer (SPD) betont, es sei eine kontinuierliche Berichterstattung vereinbart worden, was sich auch bewährt habe. Über die weitere Fortführung des Berichts müsse diskutiert werden, da dieser nur noch 2023 erstellt werde. Er wünsche sich, dass der Bericht ab dem nächsten Jahr in ein gemeinsames Monitoring überführt werden könne. Der Drei-Monate-Versatz solle sich in den einzelnen Steckbriefen widerspiegeln. Ihm gefalle in dem Aktionsprogramm besonders der Innovationfonds, so der Stadtrat. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Lösungsansätze und Unterstützungsmaßnahmen wie beispielsweise beim Efeu-Programm sei sehr begrüßenswert. Es solle frühzeitig diskutiert werden, wie es nach Abschluss des Innovationsprogramm ab dem Jahr 2023 fortgeführt werden solle. Insgesamt solle nicht versucht werden, den Bericht zu optimieren, sondern die bisherige Struktur solle beibehalten werden. Die Kleinteiligkeit zeige die Notwendigkeit einer anderen Arbeitsweise in Projektverantwortlichkeiten. Die unterschiedlichen Aufgaben sollten daher verschiedenen Projektthemen zu geordnet werden.

Über die intensive Studie des Berichts durch die Gremiumsmitglieder zeigt sich Frau Krüger erfreut. Dies motiviere ihr Team zur Weiterführung des Berichts in dieser Art.

Herr Körner ergänzt, insgesamt handle es sich beim Klima-Aktionsprogramm um ein 218 Mio. Euro umfassendes Paket, welches sich in der Umsetzung befinde. Die Umsetzung gestalte sich zwar nicht in der Art, wie dies wünschenswert sei. Allerdings nehme diese die nun die von Frau Krüger beschriebene Dynamik auf. Mit Blick auf die nächsten Doppelhaushaltsplanberatungen wolle die Verwaltung ein ähnliches, aber neu aufgestelltes Paket vorstellen. Derzeit liefen Überlegungen, welche Themen in den bereits genannten Arbeitsgruppen diskutiert werden sollten. Im Jahr 2023 könne nicht einfach ein Punkt gesetzt und das Aktionsprogramm beendet werden. Vielmehr solle beispielsweise das sehr erfolgreiche kommunale Energiesparprogramm oder der ebenso erfolgreiche Innovationfonds fortgeführt werden. In diesem Zusammenhang werde die Verwaltung zu gegebener Zeit auf das Gremium zukommen.

Herr Kohlmeyer betont, am gestrigen Tag habe eine Auswahlsitzung im Rahmen des Innovationfonds stattgefunden. Hierbei sei mit dem Innovationsrat über die weitere Fortführung des Innovationfonds diskutiert worden. Die entsprechenden Vorschläge würden dem Gremium unterbreitet. Es sei begrüßenswert, falls aus der Verwaltung heraus interne Anträge hervorgingen. Dies sei ein agileres Konstrukt, um geeignete Projekte und Maßnahmen über eine gewisse Wirtschaftlichkeitsschwelle hinaus umzusetzen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / th

Verteiler:

- I. Referat S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
S/OB-Mobil
Klimaschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. *Referat AKR*
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
SWS
SWSG
 4. Referat JB
 5. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 6. Referat T
 7. Amt für Revision
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand